

Städte und Gemeinden sollen entlastet werden

Rainer Arnold (SPD): „Förderung von Schwerpunkt-Kitas“

(pm) Kurz vor der Sommerpause wurden im Deutschen Bundestag der Finanzplan 2014 bis 2016 sowie der Bundeshaushalt 2015 beraten und verabschiedet. „Erstmals seit 1969 wird der Bundeshaushalt 2015 ausgeglichen sein und damit ohne Neuverschuldung auskommen. Das ist ein wichtiger Erfolg und Grundlage für eine zukunfts- und wachstumsorientierte Finanzplanung“, schreibt der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) dazu in einer Pressemitteilung.

Das Betreuungsgeld werde beispielsweise ab 2016 über den Gesamthaushalt finanziert und gehe damit nicht mehr zu Lasten der Einzeletats, was den einzelnen Ressorts mehr Möglichkeiten gebe, ihren ursprünglichen Aufgaben nachzugehen. Priorität hatte, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Kommunen finanziell zu entlasten, indem der Bund die Kosten für die Eingliederungshilfe für die Menschen mit Behinderung übernehme. Durch das reformierte Bundesteilhabegesetz würden so Städte und Gemeinden mittelfristig um fünf Milliarden Euro entlastet werden. „Damit stärken wir einen zentralen Grundpfeiler der Gesellschaft“, so Arnold, „denn nur handlungsfähige Kommunen können sich den Anforderungen des demografischen, sozialen und ökonomischen Wandels stellen.“

Um den Menschen eine gute Infrastruktur mit Schulen oder auch Schwimmbädern zu bieten, benötige man finanziell gut ausgestattete Städte und Gemeinden. Auch die Mittel für die Städtebauförderung seien von 450 Millionen auf 700 Millionen Euro kräftig erhöht worden. Für das Programm „Soziale Stadt“ seien dabei 150 Millionen Euro vorgesehen. All das trage zu mehr Lebensqualität vor Ort bei.

Ein weiterer Baustein werde das Investitionsprogramm zum weiteren Ausbau der Kinderbetreuung sein. Dazu werde das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ auf eine Milliarde Euro aufgestockt. Zudem sollen bis zum 31. Dezember 2015 rund 4000 „Schwerpunkt-Kitas zu Sprache und Integration“ bundesweit gefördert werden. Dafür stelle die Bundesregierung zusätzlich rund 100 Millionen Euro jährlich zur Verfügung.

Die SPD-Bundestagsfraktion setze sich auch weiterhin dafür ein, dass der Bund die Länder und Kommunen bei dem Ausbau der Kinderbetreuung unterstütze. Nach wie vor gebe es noch viel zu tun, so der Bundestagsabgeordnete. „Die Mietpreisbremse oder auch die Bekämpfung der Altersarmut werden wir nach der Sommerpause anpacken. Damit stehen wir zu dem, was wir versprochen haben“, so Arnold.